

Probleme

- Vernachlässigung von Datenschutz und Datensicherheit
- Städtische Infrastrukturen laufen Gefahr in private Hände zu gelangen
- Vernachlässigung von KonsumentInnenenschutz Fragen (Kosten für die Implementierung neuer Technologien werden auf KonsumentInnen abgewälzt?)
- Transparente Kriterien zur Bewertung neuer Technologien fehlen (Kosten-Nutzen für alle StadtbewohnerInnen, soziale Inklusion, digitale Spaltung, Sinnhaftigkeit, ...)
- Vernachlässigung kultureller und sozialer Aspekte (sozial ausgewogene Stadtentwicklung vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Ungleichheit, Platz für „unsmarte“ StadtbewohnerInnen, ...)

Wesentliche Erkenntnisse

Die AK Studie „Smart Cities – eine technologische Einschätzung“ analysiert das Themenfeld Smart City in Bezug auf Datenschutz und Datensicherheit. Dazu beleuchtet Studie die Bedeutung von Informations- und Kommunikationssystemen bei unterschiedlichen Smart City Initiativen, die dahinter stehenden organisatorischen und technologischen Konzepte, sowie gesellschaftspolitische und rechtliche Rahmenbedingungen.

Sie beschreibt auch, wie weltweit agierende IT-Konzerne „die Stadt“ in Zusammenhang mit Smart City Strategien als ausbaufähiges Geschäftsfeld entdeckt haben. Als erster großer IT-Konzern nahm sich IBM dem Thema Smart City an und initiierte 2008 sein „Smarter Planet“ Programm, wenig später folgte der US Konzern Cisco mit seinem Konzept Smart+ Connected. Aber auch deutsche Konzerne wie Siemens oder SAP sind in der Zwischenzeit Anbieter von Produkten und Lösungen smarter Stadtentwicklung.

Dieser Markt verspricht große Wachstumspotentiale, sind doch smarte Häuser schon jetzt mit smarten Geräten (z.B. Smart TV) bestückt oder steuern den Energiehaushalt über Apps bzw. verwenden Roboter (Staubsauger- und Rasenmäher-Roboter) zur Unterstützung der häuslichen Arbeit. Daher überrascht es

auch nicht, dass dieses boomende Feld nun auch von Akteuren bearbeitet wird, die in diesem Marktsegment bisher nicht bekannt waren, wie Microsoft mit seinem CityNext Ansatz und seit kurzem auch Google. Städte gehen vermehrt mit Softwarekonzernen Kooperationen ein bzw. beteiligen sich an Pilotprojekten, wo kostengünstig auf Ressourcen dieser IT-Konzerne zurückgegriffen werden kann, um städtische Aufgaben zu unterstützen. Bei der Analyse der dabei angebotenen Lösungen muss jedoch kritisch verfolgt werden, ob die Konzepte, die IT-Firmen bei Einsatz von Smart City-Lösungen umsetzen, sich nicht eng an der Idee einer Stadt als geschlossenem System orientieren.

Kann eine Stadt ähnlich wie ein Unternehmen hardware- und softwaretechnisch unterstützt werden oder bedarf es nicht anderer organisatorischer und technologischer Modelle? Mitunter erwecken die publik gewordenen Referenzprojekte aber genau diesen Eindruck: Eigene Komponenten/Systeme des Produktportfolios werden angeboten, diese in Folge miteinander vernetzt, Daten zentral gesammelt und für Analysezwecke aufbereitet. Kritische Stimmen, die diese technologiegesteuerte Stadtentwicklung verfolgen, bemerken ein Comeback überwinden geglaubter technokratischer Dominanzallüren. Parallel dazu ist zu beobachten, dass auch im Bereich der weltweit agierenden Normierungsinstitutionen (ISO, IEC, ITU) große Anstrengungen unternommen werden, die Smart City und ihre Prozesse und Aufgaben zu normieren.

In all diesen Ansätzen fällt den BewohnerInnen einer Stadt mehr die Rolle der KundInnen zu und weniger die der aktiven BürgerInnen. Bei der erweiterten Erfassung und Verwendung von - zum Teil auch personenbezogenen bzw. - Beziehbaren Daten - darf nicht auf deren Schutz vergessen werden. Dazu liefern derzeitige gesetzliche Regelungen wie das österreichische Datenschutzgesetz (DSG 2000) und die ab Mai 2018 geltende EU Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) eine Vielzahl an Ansatzpunkten. In einem global aktiven Markt, wo eine Vielzahl an Anbietern aus dem amerikanischen oder asiatischen Raum kommen und diese Staaten sehr unterschiedliche Einstellungen zum Datenschutz besitzen, wird es vor allem an den europäischen AkteurInnen liegen, für die eigene Umgebung nachhaltige Lösungen im Umgang mit den Daten von BürgerInnen zu erarbeiten.